

## Ernährungssicherheit schaffen

Seit 2020 sind die Lebensmittelpreise weltweit dramatisch angestiegen. Der Nahrungsmittelpreisindex der Welternährungsorganisation (FAO), basierend auf den Preisen für Fleisch, Milchprodukte, Getreide, pflanzliche Öle und Zucker, hat sich in dieser Zeit von 98 auf 159 Punkte erhöht. Er hat damit den höchsten Stand seit seiner Einführung im Jahr 1990 erreicht. Diese drastische Erhöhung der Lebensmittelpreise ist auch eine Folge von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg ist auch ein Angriff auf die Produktionsmöglichkeiten einer der wichtigsten Kornkammern der Welt. Aktuell lagern über 20 Millionen Tonnen Lebensmittel in ukrainischen Schwarzmeerbahnhöfen und können aufgrund der russischen Blockade nicht exportiert werden. Wir fordern den russischen Präsidenten auf, nicht länger Millionen von hungernden Menschen für seine Ziele in Geiselnhaft zu nehmen und die Blockade von Lebensmittelexporten aus der Ukraine bedingungslos zu beenden.

Laut Jahresbericht des Welternährungsprogramms (WFP) vom Mai 2022 waren im Jahr 2021 rund 193 Millionen Menschen in 53 Ländern oder Gebieten von akutem Hunger betroffen. Dies bedeutet einen Anstieg um fast 40 Millionen Menschen im Vergleich zum Höchststand 2020. Aktuell geht das WFP sogar von 276 Millionen akut hungernden Menschen aus. Diese schrecklich hohe Zahl könnte sich durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine laut WFP noch um weitere 47 Millionen Menschen erhöhen. Außer Putins Krieg tragen viele weitere Gründe zum Hunger bei: Neben den schon lange wirkenden strukturellen Ursachen Armut und Ungleichheit sind es zunehmend die Folgen des Klimawandels, Spekulationsgeschäfte mit Nahrungsmitteln, teure Düngemittel, hohe Energiekosten, Transportprobleme und die Corona-Pandemie. Dabei ist uns klar: Nichts wirkt destabilisierender als der Hunger von Menschen, dies ganz besonders in fragilen Kontexten. Ernährungssicherheit verhindert damit nicht nur unermessliches menschliches Leid, sondern dient auch der gesellschaftlichen Entwicklung, der Stabilisierung und der Friedenssicherung.

Bereits mit unserem Regierungsprogramm haben wir uns vorgenommen, Ernährungssicherheit mit nachhaltigen, agrarökologischen Ansätzen sowie Wissens- und Technologietransfer im Bereich der nachhaltigen Agrarwirtschaft zu fördern. Rund 80 Prozent der von Hunger bedrohten Menschen leben und arbeiten in kleinstbäuerlichen Strukturen. Deshalb wollen wir hier ansetzen. Es gilt die Lebensmittelproduktion zu dezentralisieren, weniger auf Weltmärkte zu fokussieren und mehr lokale Produktion zu unterstützen. Nutzpflanzenvielfalt auf Basis lokaler Ressourcen schafft wirtschaftliche Perspektiven für Kleinbauern, ermöglicht eine abwechslungsreiche, gesunde Ernährung und erhöht die Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft im Klimawandel. Auch der Ausbau nachhaltiger landgestützter Aquakulturen kann mittelfristig Alternativen in der Produktion CO<sub>2</sub>- und fütterungsärmerer tierischer Proteinquellen zur Verfügung stellen. Mit dem Ziel der Ernährungssicherheit sollten auch faire Erzeugerpreise für die Bauern einhergehen. Zudem kann Forschung sowie der den lokalen Umständen angepasste Einsatz innovativer und nachhaltiger Technologien zur Ertragssteigerung beitragen. Neben der Bekämpfung des Hungers liefert ein nachhaltiger und umweltverträglicher Aufbau der lokalen Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zum internationalen Klimaschutz, da er große Mengen zusätzliches CO<sub>2</sub> binden kann.

Deutsche und europäische Agrarexporte dürfen nicht die Märkte in den Partnerländern zerstören. Die drohende Hungersnot darf deshalb nicht als Vorwand genutzt werden, um in einer Rolle rückwärts unsere Landwirtschaft auf Kosten der Umwelt für den Export zu intensivieren. Es bleibt dabei: Den Green Deal, die EU-Artenschutzstrategie, die Farm-to-Fork-Strategie, den Umbau der Nutztierhaltung für mehr Tierwohl, die Novellierung der Düngemittelverordnung, die Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme wie Wälder und Moore, den Ausbau der Agri-Photovoltaik – all das werden wir weiter vorantreiben. Nachhaltigkeit ist kein Luxusgut, sondern Voraussetzung für die Bewältigung der Klimakrise und den Erhalt der Artenvielfalt. Wir dürfen die Krisen nicht gegeneinander ausspielen. Stattdessen müssen wir sie gemeinsam angehen.

Biokraftstoffe leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Klimaschutz im Verkehrssektor. Wir erkennen ihren positiven Nutzen für mehr Klimaschutz an und wollen diesen erhalten. Wir unterstützen die Marktentwicklung fortschrittlicher Biokraftstoffe, um eine Flächenkonkurrenz mit der Lebensmittelproduktion zu vermeiden. Wir beabsichtigen, die Anbaufläche zur Herstellung von Biokraftstoffen und Biogas nicht auszuweiten. Bei Biogas und Biokraftstoffen setzen wir auf den schnellen Einsatz von Reststoffen aus der landwirtschaftlichen Produktion und von Pflanzenteilen, die nicht zur Lebensmittelproduktion geeignet sind, sowie auf den Einsatz von Abfallstoffen im Einklang mit dem Kaskadenprinzip. Die Nutzung von Futter- und Lebensmittelpflanzen aus Palmöl und Soja, die mit hohen Landnutzungs-Änderungsraten einhergeht, wollen wir unmittelbar beenden. Auch die Digitalisierung trägt in der Landwirtschaft zum globalen Schutz von Ressourcen bei gleichzeitig hoher Produktion von Nahrungsmitteln bei. Wir wollen die bereits bestehenden Technologien zur Ertragssteigerung mit gleichzeitiger Schonung der Ertragsfläche durch teilflächenspezifische Bearbeitung nun vermehrt in die Praxis überführen. Dazu wollen wir gerade klein- bis mittelständische Betriebe bei den hohen Investitionskosten unterstützen.

Mutwilligen und einzig renditeorientierten Preissteigerungen auf den internationalen Nahrungsmittelmärkten, die durch Finanzspekulationen bedingt sind, werden wir aktiv begegnen. Gegenwärtig werden bis zu 80 Prozent des Börsenhandels rein spekulativ zur Gewinnmaximierung durchgeführt. Es kommt deshalb darauf an, die Preise und den Handel basierend auf realen Warengeschäften wieder zu stabilisieren. Die – zusätzlich zu den Folgen von Putins Angriffskriegs gegen die Ukraine – durch Spekulationsgeschäfte angetriebene Preissteigerung für Lebensmittel auf dem Weltmarkt verschärft die ohnehin schon besorgniserregend hohe Staatsverschuldung in vielen Ländern. Hohe Preise, der Einbruch des Handelswachstums, steigende Zinssätze und ein starker US-Dollar erhöhen den fiskalischen Druck. Laut Weltbank sind mehr als 60 Prozent der einkommensschwachen Länder akut von einer Staatsschuldenkrise bedroht.

Die Absicherung des Getreidehandels zwischen Verkäufer und Käufer gegen stark steigende oder fallende Preise durch Termingeschäfte ist eine wichtige Aufgabe des Marktes. Rein spekulatives Gewinnstreben zahlreicher privater Anleger verzerrt jedoch den Markt und muss beendet werden. Aufgabe der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ist es, die Anleger zu schützen sowie für geregelte Märkte und Finanzstabilität zu sorgen. Sie muss jetzt tätig werden. Es ist an der Zeit, Spekulationen auf Lebensmittelpreise mit Regulierung und Transparenz entgegenzuwirken, denn Spekulationen mit Lebensmitteln auf dem Rücken von Millionen Hungernden ist menschenverachtend.

Um die Ernährungskrise zu bekämpfen, die sich aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine dramatisch zuspitzt, hat Bundeskanzler Olaf Scholz bereits im März einen zusätzlichen deutschen Beitrag von 430 Millionen Euro verkündet. Damit verstärkt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit knapp 240 Millionen Euro den Bereich der Übergangshilfe, mit 150 Millionen Euro Maßnahmen der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger sowie mit rund 40 Millionen Euro die Erhöhung des deutschen Kernbeitrags zum UN-Welternährungsprogramm. Weitere Mittel zur Ernährungssicherung werden mit dem Ergänzungshaushalt bereitgestellt. Ziel ist es, die Nahrungsmittelsouveränität in den Ländern des globalen Südens durch strukturelle Maßnahmen zu steigern und nachhaltig zu sichern und somit ihre Importabhängigkeit substanziell zu reduzieren.

Darüber hinaus hat Bundesministerin Svenja Schulze beim G7-Entwicklungsminister\*innen-Treffen am 18./19. Mai das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (Global Alliance for Food Security) ins Leben gerufen. Mit dem Bündnis sollen bisherige internationale Initiativen unterstützt, Angebots- und Finanzierungssituationen analysiert und Prognosen ermöglicht werden. Dem Bündnis haben sich bereits die UN Global Crisis Response Group, die G7-Staaten einschließlich der EU-Kommission, Norwegen, Dänemark, die Afrikanische Union, das UN-Welternährungsprogramm (WFP) und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) angeschlossen. Es versteht sich als offene Plattform auch für die Privatwirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen. Entscheidend ist ferner, innerhalb dieses neuen Bündnisses den Ländern des globalen Südens auf Augenhöhe zu begegnen und sie im Sinne des „Leave no one behind“-Ansatzes gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.